

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 22. November bis zum 28. November 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäisches Parlament hält an Standpunkt für Haushalt 2011 fest

Das EP bekräftigte am 25.11. seine drei Forderungen: (i) Flexibilitätsmechanismus für Erhöhungen um bis zu 0.03%/EUBNP, (ii) Vorschläge zu neuen Eigenmitteln der EU sowie Zusage des Rates, diese Vorschläge im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mit dem EP zu erörtern und (iii) Einigung aller drei Institutionen (Kommission, Rat und EP) über eine pragmatische Arbeitsmethode zur Umsetzung in der Praxis umgesetzt. Die Kommission legte am 26.11. einen neuen Haushaltsentwurf vor, der den Stand der Vermittlungsbemühungen von Rat und EP vom 15.11. wiedergibt. Dies bedeutet eine Erhöhung der Ausgaben 2011 um 2.9% auf 126.5 Mrd. EUR. Kommissionspräsident Barroso hofft auf eine Verabschiedung noch in diesem Jahr. Der Rat habe bei der Flexibilität bereits Entgegenkommen signalisiert. Auch beim Fusionsreaktor ITER habe er eine Lösung gefunden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101125IPR00528> (PM EP Haushalt)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0433+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung zu Haushalt)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/620&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Schreiben Barroso an Buzek)

2. Europäischer Gerichtshof bestätigt Gehaltserhöhung für EU-Beamte

Der Gerichtshof erklärte die Beschränkung der Gehaltserhöhung für die Dienstbezüge der Beamten der EU auf 1.85% ab Juli 2009 anstelle der von der Kommission beantragten 3.7% für rechtswidrig. Die Kommission habe, wie auch vom Rat anerkannt, die vom Beamtenstatut vorgesehene automatische Anpassung korrekt berechnet. Die vom Rat geltend gemachte Berücksichtigung der Finanz- und Wirtschaftskrise greife nicht, da hierfür ein besonderes Verfahren auf Initiative der Kommission hätte durchgeführt werden müssen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-11/cp100114de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/juris/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-40/10> (Urteil, bisher nur frz.)

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Europäisches Parlament unterstützt EU-Hoffnungen der Ukraine

In einer Entschließung fordern die Abgeordneten jedoch die Einhaltung demokratischer Grundregeln. Kritikpunkte sind die Zunahme des Regierungseinflusses auf die Medien, politische Einmischung durch die Geheimdienste und die überstürzte Einführung einer neuen Wahlordnung.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101125IPR00551> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0444+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Rolle der Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik stärken

Die EU-Mitgliedstaaten sollen die Rolle von Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik in Konfliktsituationen durch mehr Geld und Personal stärken. Dies bekräftigt eine am 25.11. angenommene Entschließung des EP zum 10. Jahrestag der UN-Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101123IPR98188>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0439+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

b) Außenhandel

1. Europäisches Parlament billigt ACTA-Abkommen:

In einer rechtlich nicht bindenden Entschließung billigten die Abgeordneten mit knapper Mehrheit (331 Jastimmen, 294 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen) das noch nicht unterzeichnete multilaterale Handelsabkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie (ACTA). Die Kommission solle aber bestätigen, dass die Umsetzung des ACTA-Abkommens keinerlei Auswirkungen auf die Grundfreiheiten und den Datenschutz haben werde.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101124IPR99549>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0432+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Einigung der EU mit Russland über WTO-Beitritt

In bilateralen Gesprächen konnten die Kritikpunkte der EU hinsichtlich russischer Ausfuhrabgaben und diskriminierender Eisenbahngebühren beigelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1599&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/bilateral-relations/countries/russia/>

3. Zollbefreiung für bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe

Das EP billigte am 23.11. den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zollbefreiung für bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe mit einem von der Weltgesundheitsorganisation vergebenen „Internationalen Freinamen“ (INN) und für bestimmte Erzeugnisse, die zur Herstellung pharmazeutischer Fertigerzeugnisse verwendet werden, sowie zur Änderung von Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0411+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Dritter EU-Afrika-Gipfel am 29./30.11. in Tripoli (Libyen)

Am 29./30.11. werden der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der für Entwicklungsfragen zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs nach Tripoli (Libyen) zum EU-Afrika-Gipfel reisen. Der Gipfel, zu dem Staats- und Regierungschefs aus 80 europäischen und afrikanischen Staaten erwartet werden, wird dem großen Thema „Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsförderung“ gewidmet sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1605&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/604&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Armutsbekämpfung wichtigstes Ziel in Beziehungen zwischen EU und Afrika

Eine im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels in Libyen (29./30. 11) erschienene Eurobarometer-Sonderumfrage zu den Beziehungen zwischen der EU und Afrika zeigt, dass die Prioritäten der Zusammenarbeit zwischen den beiden Partnern breite Zustimmung bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern finden. Nach Ansicht der befragten Europäer bestehen die wichtigsten Aufgaben der Zusammenarbeit in der Armutsbekämpfung (38 %), der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit (34 %) und der Wahrung der Menschenrechte (33 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1595&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm#353

3. Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe

Die Kommission hat am 23.11. eine Mitteilung zur Einrichtung des im Vertrag von Lissabon vorgesehenen Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe angenommen. Das Strategiepapier beleuchtet die Freiwilligenarbeit in Europa, legt die Notwendigkeit eines solchen Freiwilligenkorps dar und führt die Voraussetzungen auf, unter denen das Freiwilligenkorps einen positiven Beitrag zur humanitären Hilfe Europas leisten kann. Das Europäische Freiwilligenkorps werde durch Auswahl, Ausbildung und Einsatz von Freiwilligen bestehende Freiwilligenprogramme ergänzen. Die Kommission habe bereits Konsultationen mit den Beteiligten aufgenommen. Ein offenes Konsultationsverfahren werde offiziell Ende des Jahres eingeleitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

II. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten:

Die Kommission hat am 23.11. die Leitinitiative „Eine Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“ mit 13 konkreten Maßnahmen zu vier Punkten auf den Weg gebracht: (i) Schnellere Arbeitsmarktreform zur Verbesserung der Flexibilität und Sicherheit in den Arbeitsmärkten („Flexicurity“), (ii) Anreize für Investitionen in Weiterbildung (u.a. „EU-Kompetenzpanorama“ zur Vorhersage benötigter Kompetenzen), (iii) Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen (Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie, bessere Durchführung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie und Überprüfung der Rechtsvorschriften zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz) und (iv) Richtige Arbeitsmarktbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, wie z. B. weniger Bürokratie und niedrigere Steuern auf Arbeit und Mobilität.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1541&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/602&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6328&langId=en> (Mitteilung)

2. Unterstützung junger Menschen beim Berufseinstieg dringend erforderlich

Der am 25.11. vorgelegte Bericht „Beschäftigung in Europa 2010“ veranschaulicht, dass die Krise junge Menschen – mit einer überproportional hohen Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-Jährigen von über 30 % in einigen Ländern – besonders hart getroffen hat. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die gleichzeitig begrenzten Möglichkeiten, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, hätten die Gefahr eines Anstiegs der Langzeitarbeitslosigkeit oder eines endgültigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt verschärft. Der Bericht zeigt auf, dass bis zu einem klaren Beschäftigungsaufschwung noch einige Zeit vergehen könnte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1600&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/612&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=593> (Bericht)

3. Mehrarbeit über 48 Wochenstunden entschädigungspflichtig

Im Verfahren eines Feuerwehrmannes aus Halle (Sachsen-Anhalt/DE), dessen Dienstplan eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden vorsah, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die unter Verstoß gegen die nach der Arbeitszeitrichtlinie (2003/88) vorgeschriebene durchschnittliche Höchstgrenze von 48 Stunden geleistete Mehrarbeit entschädigungspflichtig ist. Es sei Sache des nationalen Rechts des betreffenden Mitgliedstaats, zu bestimmen, ob der Ersatz des Schadens in Form von Freizeitausgleich oder in Form einer finanziellen Entschädigung zu gewähren ist. Anzumerken ist, dass dieses Urteil ausdrücklich zum öffentlichen Dienst ergangen ist und nicht ohne Weiteres auf den privaten Sektor übertragen werden kann.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-429/09](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-429/09)

4. Verfahren zur Gleichstellung der Geschlechter eingestellt

Die Kommission begrüßt die von **Deutschland**, Lettland, Litauen und Slowenien mitgeteilten Maßnahmen zur Anwendung der EU-Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf ([Richtlinie 2006/54/EG](#), siehe [MEMO/08/742](#)). Insbesondere habe das Bundesarbeitsgericht den Anwendungsbereich des Gesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie geklärt. Daher stellt die Kommission fest, dass die Beschäftigten bei Kündigungen durch das deutsche Antidiskriminierungsgesetz ausreichend geschützt sind. Somit ist die Kommission nunmehr der Ansicht, dass Deutschland die Richtlinie ausreichend umgesetzt hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1554&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=420&langId=de>

5. Startschuss für Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 am 02.12.

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit soll Freiwilligen und den entsprechenden Organisationen aus ganz Europa die Möglichkeit geboten werden, zusammenzutreffen und sich über in anderen Ländern bewährte Verfahren auszutauschen. Auch können die staatlichen Stellen mehr über Freiwillige erfahren und freiwilliges Engagement erleichtern. Kommissionsvizepräsidentin Reding stellt die Ziele des Jahrs auf einer Pressekonferenz um 12:30 Uhr vor.

http://ec.europa.eu/citizenship/focus/focus840_en.htm

b) Gesundheit

1. Strengere Informationsregeln für verschreibungspflichtige Medikamente

Das Europäische Parlament bekräftigte, dass Patienten objektive Informationen zu Arzneimiteleigenschaften sowie zu der behandelnden Krankheit oder zum gesundheitlichen Zustand bereitgestellt werden sollen. Weitergehende Informationen sollten einer behördlichen Genehmigung bedürfen. Gleichzeitig sollen sie vor unerbetenen Informationen oder versteckter Werbung geschützt werden. Anders als von der Kommission vorgeschlagen sollen Informationen zu verschreibungspflichtigen Medikamenten nicht nur über Fernsehen und Radio untersagt sein, sondern auch in Printmedien. Angehörige von Heilberufen müssten bei Informationstätigkeiten ihre Beziehungen zu Pharmaunternehmen angeben. Die Vorlagen bedürfen noch der Zustimmung des Rats.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101124IPR99488> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0429+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung Richtlinie)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0430+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung Verordnung)

2. EP fordert zu Vorsorgemaßnahmen gegen Darmkrebs auf

In einer Erklärung fordern die Abgeordneten die Kommission auf, Aufklärungskampagnen zu unterstützen, bewährte Verfahren bei Darmkrebsvorsorgeuntersuchungen in allen EU-Ländern zu fördern, Forschungsergebnissen und Wissen im Bereich der Darmkrebsvorsorge in den kommenden Arbeitsprogrammen des Siebten Forschungsrahmenprogramms und des Gesundheitsprogramms der EU Priorität einzuräumen und gemäß den EU-Leitlinien landesweite Darmkrebsvorsorgeuntersuchungen einzuführen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0451+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

1. Kommission präsentiert Reformvorschläge für EU-Agrarpolitik nach 2013

In ihrer Mitteilung vom 18.11. stellt die Kommission drei Optionen zur Diskussion. Die erste sieht im Wesentlichen die Beibehaltung der bisherigen Politik vor, allerdings mit einer Angleichung der Direktbeihilfen zwischen den Mitgliedstaaten. Nach der zweiten Option bestehen die Direktzahlungen aus einer Grundsicherung, zusätzlichen Beihilfen als Ausgleich für Agrarumweltmaßnahmen und Zahlungen für kleine Höfe oder Landwirte in benachteiligten Gebieten (beispielsweise Höhenlagen). Für Großbetriebe sollte der Basissatz nach der Beschäftigtenzahl gestaffelt und der Höhe nach begrenzt sein. Die dritte Option sieht den schrittweisen Ersatz der bisherigen Direktzahlungen und grundsätzliche aller Marktstützungsmaßnahmen vor. Förmliche Rechtsvorschläge sollen Mitte 2011 folgen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1527&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/communication/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/587&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EP billigt Verlängerung des deutschen Branntweinmonopols bis 2017

Das Europäische Parlament stimmte einer Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Beihilferegelung für etwa 670 kleine Brennereien welche Getreide und Kartoffeln verwenden bis Ende 2013 zu. Für etwa 20.000 Kleinstbrennereien, die vor allem Obst verarbeiten endet das Monopol Ende 2017. Erforderlich ist noch die Zustimmung des Rats, was jedoch als Formsache gilt.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101123IPR98148> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0410+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Umsetzung von „Leader“ für ländlichen Raum mangelhaft

Leader ist ein Konzept zur Umsetzung der EU-Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums mithilfe lokaler Aktionsgruppen (LAG). Dies ist mit spezifischen Kosten und Risiken verbunden, verspricht jedoch zusätzliche Nutzeffekte durch die Anwendung eines Bottom-up- und Partnerschaftsansatzes. In einem Sonderbericht kommt der Europäische Rechnungshof zu dem Ergebnis, dass die Kommission bisher nicht unter Beweis gestellt habe, dass die Ausgaben wirksam und wirtschaftlich waren, welcher Mehrwert durch Anwendung des Leader-Konzepts erzielt wurde, inwieweit die bekannten Risiken eingetreten sind und wie hoch die tatsächlichen Kosten der Umsetzung waren. Der Hof empfiehlt, das Risiko von Mitnahmeeffekten einzudämmen und die LAG dazu anzuhalten, messbare, für ihr lokales Gebiet spezifische Ziele festzulegen. <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/6098726.PDF>
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/6094725.PDF> (Sonderbericht)

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Verleihung des Binnenmarkt-Preises 2010 am 10.12. in Brüssel

Der Preis wird in diesem Jahr zum zweiten Mal verliehen und wird an Unternehmen, Personen oder Organisationen verliehen, die einen Beitrag zur Verbesserung des Binnenmarktes geleistet haben. Der Preis soll die mit dem freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr verbundenen Möglichkeiten stärker ins Bewusstsein rücken und gleichzeitig auf die Probleme aufmerksam machen, die auftreten können, wenn die Binnenmarktvorschriften in der Praxis nicht funktionieren. Der „Single Market Award“ 2010 wird am 10. Dezember am Rande des Europäischen Wettbewerbsrates durch den belgischen Wirtschaftsminister Vincent Van Quickenborne und Binnenmarktkommissar Michel Barnier vergeben.

<http://www.eutrio.be/de/single-market-award-den-nutzen-des-binnenmarktes-fuer-die-buerger-europas-belegen>

b) Steuern

Sonderregeln für Mehrwertsteuererhebung gebilligt

Der Rat verabschiedete förmlich eine bereits im Ecofin-Rat konsentiierte Entscheidung die es **Deutschland, Österreich** und Italien ermöglicht, bis 31.12.13 für die Lieferung von Mobiltelefonen und integrierten Schaltkreisen das sog. Reverse-Charge-Verfahren einzuführen. Eine entsprechende Ausnahmeregelung für Großbritannien ist verlängert worden. Die Steuerschuldnerschaft wird hierbei vom leistenden Unternehmer auf den unternehmerischen Leistungsempfänger verlagert. Damit soll Mehrwertsteuerhinterziehung, insbesondere in Form sog. „Mehrwertsteuerkarusselle“, bekämpft werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117209.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/117939.pdf (Council General Affairs)

c) Wettbewerbsrecht

Blue Lion mobile GmbH an Bertelsmann Digital Media Investments und FCPI

Die Kommission billigte den gemeinsamen Erwerb der deutschen IT-Firma Blue Lion mobile GmbH durch die Bertelsmann Digital Media Investments ("BDMI", Luxemburg), im Besitz der deutschen Bertelsmann AG und durch die französische Firma FCPI, die über XAnge Private Equity S.A der französischen Post gehört.

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Europäischer Rat am 16./17.12. im Zeichen der Krisennachwirkungen

An seine Schlussfolgerungen vom Oktober 2010 anknüpfend wird der Europäische Rat über die Grundzüge eines ständigen Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet sowie über eine hierzu erforderliche Vertragsänderung eine Entscheidung treffen. Er wird prüfen wie den Auswirkungen der Rentenreform (Bewertung von Schulden bei Umstellung auf Kapitaldeckungsprinzip) bei der Durchführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts Rechnung getragen wird. Außerdem wird der Europäische Rat erörtern, wie die Ausgabenpolitik auf europäischer Ebene die von den Mitgliedstaaten unternommenen Konsolidierungsanstrengungen angemessen widerspiegeln kann.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st12/st12345.de10.pdf>

2. Finanzminister stimmen Rettungsmaßnahmen für Irland zu

Bei ihrem Sondertreffen am 28.11. stimmten die 16 Finanzminister des Eurogebiets einstimmig einem Rettungspaket über 85 Mrd. EUR sowie einem ständigem Krisenmechanismus zu. Die förmliche Annahme ist für die Sitzungen der Eurogruppe und des Ecofin-Rates am 06./07.12. vorgesehen. 22.5 Mrd. EUR werden vom Internationalen Währungsfonds IWF beigesteuert. Bedingung für die Kredite ist ein drastisches Sparprogramm worüber das irische Parlament am 07.12. abstimmen wird. Irland selbst trägt 17.5 Mrd. EUR zum Rettungspaket bei, mit dem insbesondere die Banken saniert werden sollen. Großbritannien (3.8 Mrd. EUR), Dänemark (0.4 Mrd. EUR) und Schweden (0.6 Mrd. EUR) beteiligen sich. Die Darlehen sollen für bis zu siebeneinhalb Jahren vergeben werden. Dieselbe Dauer soll auch Griechenland zugebilligt werden. Der Zinssatz wird voraussichtlich bei etwa 6% liegen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118051.pdf

<http://www.euractiv.com/de/finanzdienstleistungen/eu-unterstuetzt-irische-rettung-und-entwirtschaendigen-plan-news-500086>

3. Portugal soll Euroschutzschirm in Anspruch nehmen

Wie die Financial Times Deutschland am 26.11.

berichtete, dringen die Europäische Zentralbank (EZB) und eine Mehrheit der Euro-Länder darauf, dass auch Portugal wie Irland einen Antrag auf Hilfen stellt. Portugals Banken gälten zwar nicht als überschuldet wie die irischen, seien aber derzeit ebenfalls auf Geld der EZB angewiesen. Die Nutzung des Rettungsschirms durch Lissabon solle Spanien vor einer Rettungsaktion bewahren, da das Land in Portugal stark engagiert sei, heiße es im Bundesfinanzministerium. Bundesfinanzminister Schäuble erklärte am 26.11. gegenüber dem Rundfunksender Bayern2, dass er nichts davon halte, den EU-Anteil am Rettungsschirm von 500 Mrd. EUR zu verdoppeln. Derartige Vorschläge seien Ausdruck einer "nervösen Lage", wie er im radioWelt-Interview betont.

<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-des-alten-kontinents-europaeer-draengen-portugal-unter-den-rettungsschirm/50198744.html>

<http://www.br-online.de/aktuell/index.xml>

[ [radioWelt](#)] Euro-Rettungsschirm - Schäuble lehnt Aufstockung ab

4. Europäisches Patent ohne Italien und Spanien

Im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 25./26.11. kam erneut keine Einstimmigkeit zum Sprachenregime für das geplante EU-Patent zustande. Sieben Mitgliedsstaaten (Deutschland, Großbritannien, Schweden, die Niederlande, Irland, Slowenien und Estland) erklärten sich bereit, einen förmlichen Antrag zur Einführung eines Europapatents im Wege der verstärkten Zusammenarbeit zwischen ihnen und weiteren Staaten zu stellen. Kommissar Barnier kündigte bereits für den nächsten Rat Wettbewerbsfähigkeit am 10.12. einen entsprechenden Vorschlag an. Nach einem Gutachten des Rechtsdienstes des Rates haben die nicht teilnehmenden Staaten kein Vetorecht. Es genügt, wenn letztlich mindestens 9 Mitgliedstaaten sich beteiligen; nur diese sind im Rat stimmberechtigt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118015.pdf (Council Competitiveness)

<http://www.euractiv.com/de/innovation/ein-eu-patent-ohne-italien-mitgliedsstaaten-verstaerken-den-druck-news-500043>

5. Europäisches Parlament unterstützt deutsche Steinkohlebeihilfen bis 2018

Im Verfahren der Konsultation votierten die Abgeordneten für eine Verlängerung bis 31.12.2018. Entscheidend ist die für den 10.12. im Rat vorgesehene Abstimmung, wo nach Presseberichten nur noch die Niederlande, Schweden und Dänemark gegen diese Verlängerung sind. Die Kommission hatte 2014 als Endtermin vorgeschlagen und könnte bei fehlender Einstimmigkeit im Rat die Verlängerung verhindern.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101123IPR97948> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0424+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

6. Anpassung der Industrie an Erfordernisse der Globalisierung

Bei der Aussprache im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 25./26.11. zur Mitteilung der Kommission "Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit" hoben die Minister auf Synergien zwischen Industriepolitik und anderen Politiken wie der Binnenmarktakte, bessere Regulierung, Innovationsunion und Digitale Agenda ab. Die Unternehmen, insbesondere die KMU, benötigten ein günstigeres Umfeld, einschließlich Zugang zu Finanzierung. Die Fragmentierung der Märkte sei zu vermeiden. Über die EU hinweg sollten Innovationscluster gebildet werden. Zu berücksichtigen sei die gesamte Wertschöpfungskette, beginnend mit dem Zugang zu Rohstoffen. Europäischen Unternehmen sollte der Zugang zu Drittstaaten erleichtert werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118015.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16050.de10.pdf> (Fragebogen des Vorsitzes)

7. Auftragseingänge der Industrie im September gefallen

Im Euroraum (ER16) nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2010 gegenüber dem Vormonat um 3,8% ab, nach einem Anstieg von 5,1% im August. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im September 2010 um 2,5%, nach einem Anstieg von 3,5% im August. Im Vergleich zum September 2009 nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im September 2010 im Euroraum um 13,5% und in der EU27 um 13,4% zu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

8. KMU benötigen Unterstützung für Innovationen

Auf der Konferenz der belgischen Präsidentschaft zu „KMU, Forschung und Innovation“ am 17./18.11. in La Hulpe, wurde festgestellt, dass KMUs die Masse des Innovationspotenzials in Europa darstellen. Notwendig seien aber ein besserer Wissenstransfer aus dem akademischen Bereich und ein besserer Ausgleich von Mängeln bei Wissen und Fähigkeiten. Die bestehenden Netzwerke seien noch zu wenig bekannt. Der Zugang zu Forschungsmitteln müsse vereinfacht werden. Allzu oft würde auch das Ergebnis von öffentlich geförderter Forschung nicht ausgenutzt. Notwendig sei ein besserer Zugang der KMUs zu Finanzierung in der Demonstrations- und Vermarktungsphase. Wichtig sei auch ein europäisches Patent.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16949.en10.pdf>

9. Fortschritte bei sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen

Nach einem Sachstandsbericht der Kommission zu sauberen und energieeffizienten Fahrzeugen für eine wettbewerbsfähige Automobilindustrie und einen CO₂-ärmeren Straßenverkehr sind wesentliche Arbeiten zur Regulierung von Fahrzeugemissionen und zur Qualität von Biotreibstoffen geleistet worden. Im Rahmen der „Green Cars Initiative“ würden insbesondere Forschungsarbeiten zu Elektrofahrzeugen gefördert. Normierungsarbeiten für Elektrofahrzeuge seien eingeleitet. In einer gemeinsamen Erklärung zur Elektromobilität fordern Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Bulgarien, Irland, Litauen und Slowenien einen Vorrang für Elektrofahrzeuge und ein europaweit standardisiertes Ladesystem. Die Kommission solle vor allem grenzüberschreitende Projekte zu Elektromobilität fördern.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16961.en10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st10/st10151.de10.pdf> (Schlussfolgerungen 26.05.10)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st14/st14028.en10.pdf> (Gemeinsame Erklärung)

b) Energie

Schlüsselrolle von Energieeffizienz in künftiger Energiestrategie

In einer Entschließung fordert das EP, dass Energieeffizienz eine Schlüsselrolle in der europäischen Energiestrategie 2011-2020 spielen sollte. Aber auch die vollständige Anwendung der bereits bestehenden Gesetzgebung, Werbung für Energieprojekte und die Stärkung der EU-Außenhandelspolitik seien wichtig.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101125IPR00553> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0441+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

c) Währung und Finanzen

1. Gesetzespaket zur Finanzmarktaufsicht unterzeichnet

Parlamentspräsident Jerzy Buzek und der belgische Europastaatssekretär Olivier Chastel unterzeichneten am 24.11. die entsprechenden Rechtsakte.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101124IPR00048>

2. Europäisches Parlament anerkennt aktive Rolle der EZB in Krise

In einer Entschließung weist das EP darauf hin, dass der EZB seit Ausbruch der Krise eine entscheidende Rolle zukommt. Geldpolitische Maßnahmen stellten für die reale Preisentwicklung jedoch nur einen Faktor neben anderen dar, weshalb die Regierungen ihre Wirtschaftspolitiken koordinieren müssten. In der Aussprache im Plenum des EP kritisierte EZB-Präsident Trichet in diplomatischer Sprache das Fehlen automatischer Sanktionen in dem vom Europäischen Rat vorgeschlagenen erneuerten System der Stabilitätsaufsicht. Er appellierte an das EP, "eine sehr starke Überwachung und Regierungsführung" der EU-Wirtschaft sicherzustellen. Finanzielle Instabilität rühre nicht vom Euro, sondern von schlechter Regierungsführung der Wirtschaft in einigen Mitgliedstaaten her.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101122.en.html> (Rede Trichet)

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101122IPR97488> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0418+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

3. Finanzmarkt in Eurogebiet normalisiert sich

In einer Rede am 23.11. zeichnete EZB-Direktoriumsmitglied Tumpel-Gugerell 23.11. eine positives Bild der Entwicklung der Geldmarktaktivität im Eurogebiet. Der Umfang der Refinanzierungsoperationen bei der EZB sei stark zurückgegangen, von 881 Mrd. EUR am 30.06. auf 510 Mrd. EUR Mitte November. Die Ausleihungen zwischen den Banken (EONIA) hätten sich seit dem Sommer fast verdoppelt und erreichten wieder den Stand vor Beginn der Krise im August 2007. Der Rückgang der Zentralbankliquidität habe die EONIA-Sätze näher an den Leitzins gebracht, was ein wichtiger Schritt zur Rückkehr zur Vorkrisen-Geldpolitik der EZB sei. Der nichtfinanzielle Bereich profitiere von historisch niedrigen Zinssätzen und könne im vierten Quartal mit einem besseren Zugang zu Krediten rechnen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101123.en.html>

4. Europäische Zentralbank kauft weitere Staatspapiere auf

In der Woche zum 19.11. erwarb die EZB für 672.1 Mio. EUR Staatsanleihen. In der Woche zum 12.11. waren es 1.1 Mrd. EUR, die für dieses Programm eingesetzt wurden. Der Gesamtbestand beläuft sich nunmehr auf 65,8 Mrd. EUR.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2010/html/fs101123.de.html>

VII. Justiz und Inneres

1. Neue EU-Strategie gegen Terrorismus und Verbrechen

Die am 22.11. von der Kommission präsentierte „EU-Strategie der inneren Sicherheit“ sieht fünf strategische Ziele mit 41 Maßnahmen vor, die in der Regel schon 2011 ausgearbeitet werden sollen: (i) Schwächung internationaler krimineller Netzwerke (u.a. Vermögenseinziehung und Nutzung von Fluggastdaten), (ii) Maßnahmen gegen Terrorismus, Radikalisierung und Rekrutierung von Terroristen (u.a. Auswertung von Finanzdaten und Schutz der Verkehrssysteme), (iii) Besserer Schutz der Bürger und Unternehmen im Cyberspace (u.a. EU-Zentrum für Cyber-Kriminalität, 2013), (iv) Erhöhung der Sicherheit an den Außengrenzen und (v) Verbesserung der Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber Krisen und Katastrophen (u.a. Umsetzung der Solidaritätsklausel und europäische Notfallabwehrkapazitäten).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1535&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/598&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_en.htm

2. Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) eingerichtet

Der Verwaltungsrat des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) trat am 26.11. in Valletta (Malta) zu seiner ersten Sitzung zusammen und hat Herrn Rob Visser zum Exekutivdirektor gewählt. Herr Visser wird nun aufgefordert, vor dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments zu erscheinen. Die Einrichtung des EASO, das in Kürze seine Arbeit aufnehmen wird, ist für die EU ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem umfassenderen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS). Das EASO wird die Solidarität unter den Mitgliedstaaten durch praktische Zusammenarbeit in Asylfragen stärken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1610&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/malmstrom/welcome/default_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/618&format=HTML&aged=0&language=LV&guiLanguage=en>

3. EP-Innenausschuss für europäischen Krisenreaktionsmechanismus

In ihrer EntschlieÙung vom 25.11. sprechen sich die Abgeordneten für einen besonderen europäischen Mechanismus zur Reaktion auf chemische, biologische, radiologische und nukleare Störfälle durch Unfall oder durch Terroristenangriff aus. Außerdem sollten europäische Zivilschutzkräfte aufgestellt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101122IPR97430>

4. Zusammenarbeit EU/USA bei Sicherheitsforschung

Die Kommission und die US-Regierung einigten sich auf stärkere Zusammenarbeit bei der Forschung zum Schutz vor Terrorismus und anderen Bedrohungen für die innere und äußere Sicherheit.

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/security/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/616&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt

1. Vier Mitgliedstaaten haben EU-Chemikalienrecht nicht umgesetzt

Die Kommission fordert **Deutschland**, Finnland, Polen und Portugal auf, ihre Gesetze für chemische Stoffe zu aktualisieren und sie mit den jüngsten auf EU-Ebene vereinbarten rechtlichen Änderungen in Einklang zu bringen. Diese Mitgliedstaaten hätten die Kommission nicht über Maßnahmen zur Richtlinie über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen in Kenntnis gesetzt. Sie haben zwei Monate Zeit, um der Aufforderung nachzukommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1573&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/legal/implementation_en.htm

2. Weltklimagipfel in Cancún (Mexiko) vom 29. November bis 10. Dezember

Vom 29. 11. bis zum 10. 12. findet in Cancún (Mexiko) die 16. Konferenz zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) statt. Ziel der COP16 ist es, die Weichen für ein „Post-Kyoto-Abkommen“ zu stellen, um dem weltweiten Klimawandel durch verbindliche CO₂-Reduktionen auf ein tragbares Niveau zu führen.

http://ec.europa.eu/clima/events/0017/index_en.htm

3. EP fordert Absenkung der Emissionen um 30 %

Die Abgeordneten sprachen sich dafür aus, auch ohne Gegenleistungen der Industriestaaten und der Schwellenländer das Emissionsziel der EU für 2020 auf 30% anstelle von 20% festzulegen. Die Entschließung hebt auch Forstschutz sowie Klimaschutzhilfen für Entwicklungsländer als wichtige Fortschrittsziele bei der bevorstehenden UN-Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) hervor.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101125IPR00549> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0442+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

4. Kommission will Emissionszertifikate aus Drittländern beschränken

In ihrer Erklärung vom 25.11. kündigte Klimakommissarin Connie Hedegaard einen Vorschlag für weitere Restriktionen beim Einsatz von Zertifikaten aus Industriegasprojekten in Drittstaaten an. Diese würden dem Ausschuss für Klimawandel der EU unterbreitet. So sollten ab 01.01.13 keine Guthaben aus der Eliminierung von Hydrofluorkarbon 23 (FFC-23) und Stickoxid (N₂O) aus der Adipinsäureproduktion mehr anerkannt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/614&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/clima/news/index_en.htm

5. Neue Regelungen für gefährliche Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

Das Europäische Parlament beschloss am 24.11., nach einer in erster Lesung erzielten Einigung mit dem Rat, eine Ausweitung der Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe ("RoHS-Richtlinie") auf grundsätzlich alle Elektro- und Elektronikgeräte. Damit fallen auch Produkte wie sprechende Teddybären und Laborgeräte - nach einer Übergangsfrist von acht Jahren - unter diese Verordnung. Fotovoltaische Solarzellen sowie unbewegliche Industrieanlagen und Militärinstallationen sind weiterhin ausgenommen. In Übereinstimmung mit REACH wird ein effizienterer Mechanismus zur Änderung der Liste verbotener Stoffe eingeführt, wodurch weitere Stoffe anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse im Ausschussverfahren aufgenommen werden können. Der Rat wird am 10.12. abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101124IPR99509> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0431+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1596&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission)

6. Kommission bewilligt 20 Mio. EUR für Umweltschutz in Ostseeregion

Schwerpunkt des Projekts ist die Finanzierung von grenzüberschreitenden Projekten mit Russland und Belarus. So soll etwa gegen Gewässerüberdüngung vorgegangen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1613&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Gewinner von Umweltmanagementpreis aus Brandenburg (DE)

Sechs Organisationen wurden für vorbildliches Umweltmanagement mit Preisen des Europäischen Umweltmanagement- und Umweltbetriebsprüfungssystems (EMAS) ausgezeichnet. Die Gewinner wurden am 24.11. in Brüssel bekannt gegeben. Mit den jährlichen Umweltpreisen der Kommission werden seit dem Jahr 2000 private Unternehmen und öffentliche Organisationen für herausragende Umweltleistungen ausgezeichnet. Unter den sechs Gewinnern findet sich in der Kategorie kleine öffentliche Organisationen die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (Deutschland). Die Hochschule wurde für ihren Einsatz grüner Informationstechnologie ausgezeichnet. Computer und Server werden auf der Grundlage ihres Energieverbrauchs und ihrer Zerlegungs- und Recyclingfähigkeit ausgewählt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1611&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/environment/emas/emasawards/index.htm>

IX. Verkehr

1. Kommission aktualisiert EU-Flugverbotsliste

Die Kommission hat gegen alle in Afghanistan zugelassenen Luftfahrtunternehmen sowie gegen Mauritania Airways ein Betriebsverbot ausgesprochen. Darüber hinaus wurden ein in Kirgisistan und ein in Gabun zugelassenes Unternehmen in die Liste aufgenommen, während neun Unternehmen aus Kasachstan von der Liste gestrichen und die Betriebsbeschränkungen für eine Fluggesellschaft aus Ghana geändert wurden. Die Europäische Agentur für Flugsicherheit wurde mit der Durchführung von Missionen zur technischen Hilfe beauftragt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1545&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/162&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Vermittlungsverfahren für Fahrgastrechte im Kraftbusverkehr

Nachdem der Rat die vom Europäischen Parlament in zweiter Lesung beschlossenen Änderungen abgelehnt hatte, wird nunmehr der Vermittlungsausschuss angerufen. Für das EP war inakzeptabel, dass die allermeisten Kraftomnibusdienste vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen würden; dass die Rechte von Behinderten begrenzt würden und dass nicht dieselben Grundsätze wie für andere Verkehrsarten gelten sollten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118015.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st11/st11713.de10.pdf> (Stellungnahme EP)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st05/st05218.de10.pdf> (Standpunkt des Rates in erster Lesung)

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Mehr Unabhängigkeit und Finanzierung für öffentlich-rechtliche Sender

Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkkanäle einiger Mitgliedstaaten seien auf angemessene Finanzierung angewiesen, aber auch auf Absicherung ihrer Unabhängigkeit, hebt eine am 25.11. vom EP angenommene Entschließung hervor. Diese öffentlich-rechtlichen Sender müssten zudem auch ihre Internetpräsenz verstärken, fügen die Abgeordneten hinzu.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101125IPR00530>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0438+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Breitbandgeschwindigkeiten steigen

Nach den am 25.11. von der Kommission veröffentlichten Statistiken sind die Breitbandverbindungen in Europa heute viel schneller als noch vor einem Jahr. Im Juli 2010 erreichten 29 % der Breitbandanschlüsse in der EU Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens 10 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) (gegenüber 15 % im Vorjahr). Die Breitbandverbreitung nimmt in der EU weiter zu, so dass nun 25,6 Anschlüsse auf 100 Einwohner kommen (gegenüber 23,9 im Vorjahr). Bemerkenswert ist der Jahreszuwachs um 45 % bei den Mobilfunk-Breitbanddiensten. Hier gibt es nun 6 Mobilfunk-Breitbandanschlussgeräte (USB-Sticks oder Dongles) pro 100 Einwohner.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1602&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Kommissionsvizepräsidentin Kroes auf IT-Gipfel in Dresden

Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes, zuständig für die Digitale Agenda, besucht am 07.12. den 5. Nationalen IT-Gipfel in Dresden und diskutiert mit Bundeswirtschaftsminister Brüderle auf einer Podiumsdiskussion um 10:00 Uhr.

<http://www.bmw.de/BMWi/Navigation/technologie-und-innovation,did=347534.html>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung und Sport

Konferenz zum Kopenhagen-Prozess am 06.12. in Brügge (Belgien)

Die europäische Zusammenarbeit im Bereich Berufsbildung und berufliche Qualifikation wird als Kopenhagen-Prozess bezeichnet. Im November 2002 wurde die Kooperationserklärung in Kopenhagen unterzeichnet. Die belgische Ratspräsidentschaft organisiert die alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz für den Kopenhagen-Prozess. Sie findet am 07.12. in Brügge statt. Am Tag vor der Ministerkonferenz findet ebenfalls in Brügge eine Konferenz über Themen des Kopenhagen-Prozesses statt, die im Bologna-Prozess (europäische Zusammenarbeit im Bereich Hochschulbildung) erörtert werden. Auf dieser Konferenz soll untersucht werden, wie Qualitätssicherung und Transparenz die Brücke zwischen Berufsbildung und beruflicher Qualifikation, Schulunterricht und Hochschulbildung schlagen.

<http://www.eutrio.be/de/informelle-ratssitzung-zum-kopenhagen-prozess-bildung>

b) Forschung

1. Beitrag der Raumfahrt zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Auf dem 7. Treffen des Weltraumrates, das am Rande der Tagung des Rates Wettbewerbsfähigkeit (25./26.11.) stattfand, bekräftigten der Rat und die Europäische Weltraumorganisation ESA erneut, dass Raumfahrttätigkeiten und ihre Anwendungen wesentliche Beiträge zu Wettbewerbsfähigkeit und Innovation leisten. Notwendig sei vor allem die rasche Umsetzung der Flaggschiffprojekte GMES (Europäisches Erdbeobachtungsprogramm) und Galileo (Satellitennavigationsprogramm).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118015.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st10/st10500.de09.pdf> (Entschließung des Rates vom 29.05.09)

2. Europäischer Forschungsraum wird Realität

Nach dem Sachstandsbericht der Ratspräsidentschaft ist der Europäische Forschungsraum "eindeutig im Entstehen begriffen". Die fünf 2008 ausgearbeiteten EFR-Initiativen (Personalfragen, Forschungsprogramme, Forschungsinfrastrukturen, Austausch von Wissen und internationale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit) seien weiterzuentwickeln. Außer dem Europäischen Strategieplan für Energietechnologie seien zehn Bereiche für Initiativen für die gemeinsame Planung festgelegt worden. Für die Forschungsinfrastrukturen sei viel getan worden. Fortschritte habe auch die Europäische Partnerschaft für Forscher erbracht. Es müssten aber noch weitere Hemmnisse für die Mobilität der Forscher abgebaut werden. Im Februar 2011 werde der EFR auf der Tagesordnung des Europäischen Rates stehen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16191.de10.pdf> (Sachstandsbericht)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st09/st09076.de08.pdf> (Mai 2008 "Ljubljana-Prozess")

3. Vorschläge zur Finanzierung von Fusionsreaktor ITER

Der Rat unterstützte den Vorschlag der Kommission zur Bereitstellung von 1.4 Mrd. EUR für 2012-2013 durch Umverteilung von Mitteln insbesondere aus dem Forschungsetat und dem Agrarhaushalt. Die Vorschläge sind Teil der Beratungen zum EU-Haushalt für 2011. Es geht hierbei um einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung im Hinblick auf den mehrjährigen Finanzrahmen: Deckung eines zusätzlichen Finanzierungsbedarfs für das ITER Projekt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/118015.pdf (Council Competitiveness)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/10/st16/st16142.en10.pdf> (Vorschlag Kommission)

http://register.consilium.europa.eu/servlet/driver?lang=DE&page=ShowPA&typ=&ff_dockey=ST11902/10ADD1&fc=ALLANG&ff_public_format=P/A-PDF (Schlussfolgerungen)

4. Rat für Vorschläge des Rechnungshofs zu Forschungsrahmenprogramm

In seiner Stellungnahme zum Sonderbericht Nr. 2/2010 des Rechnungshofs "Wirksamkeit der Unterstützungsmaßnahmen 'Designstudien' und 'Entwicklung neuer Infrastrukturen' im sechsten Forschungsrahmenprogramm" erkennt der Rat insbesondere an, dass die Maßnahme „Designstudien“ die kritische Anfangsfinanzierung für die Entwicklung von Infrastrukturen liefert und potenzielle Konkurrenten auf dem Gebiet der europäischen Forschung zu Partnern werden lässt. Der Rat ermutigt die Kommission, zusammen mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen ESFRI ihre Bemühungen um eine Verbesserung der Konzepte zur Förderung der europäischen Forschungsinfrastrukturen – auch im Hinblick auf künftige EU-Finanzierungsinstrumente für FuE – fortzusetzen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15267.de10.pdf>

5. Nanotechnologie ermöglicht Unsichtbarkeit

Dank der durch die Kommission geförderten Nanotechnologieforschung ist es Wissenschaftlern aus Deutschland, Griechenland, der Türkei und Großbritannien gelungen, Lichtstrahlen unter Verwendung von Nanotechnologie so zu manipulieren, dass Objekte von einer Größe unterhalb der Millimetergrenze „unsichtbar“ gemacht werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1538&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://esperia.iesl.forth.gr/~ppm/PHOME/>.

c) Kultur

1. Preisträger für European Border Breakers Award ausgewählt

Die Gewinner 2011 des European Border Breakers Award (EBBA) für Nachwuchstalente aus der europäischen Pop-, Rock- und Tanzmusik wurden am 25.11. von Kommissarin Androulla Vassiliou und dem Musikveranstalter Eurosonic bekanntgegeben. Die Preisverleihung – moderiert vom TV-Star und Musiker Jools Holland – findet am 12. Januar 2011 im Rahmen des Eurosonic-Noorderslag-Musikfestivals in Groningen (Niederlande) statt. Unter den 10 Preisträgerinnen und Preisträgern 2011 sind aus Deutschland The Baseballs und aus Österreich Saint Lu.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1604&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.europeanborderbreakersawards.eu/>

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc1098_de.htm

2. LUX-Preis 2010 des EP geht an den deutschen Filmbeitrag "Die Fremde"

In einer feierlichen Preisverleihung während der Plenartagung in Straßburg wurde am 24.11. die Gewinnerin des diesjährigen LUX-Filmpreises bekannt gegeben und ausgezeichnet. Der deutsche Film "Die Fremde" von Feo Aladağ setzt sich mit der Problematik der Ehrenmorde auseinander und schildert das Familiendrama einer in Deutschland ansässigen türkischen Familie.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20101124IPR99468>

XII. Sonstiges

Europäische Entwicklungstage in Brüssel am 06./07. Dezember

Die Europäische Kommission organisiert in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Rates der Europäischen Union die jährlich stattfindenden Europäischen Entwicklungstage. Die European Development Days verfolgen das Ziel, das breite Publikum für das Thema Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren. Diesjähriger Themenschwerpunkt ist die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit und ihrer neuen Akteure. Ein Höhepunkt der Entwicklungstage ist die Verleihung des Journalistenpreises "Lorenzo Natali".

<http://www.eudevdays.eu/>